

Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 €
AUSGABE 03.2021 25. MÄRZ 2021



Mit unserer diesjährigen Frauen*kampftagskarte woll(t)en wir nicht nur die Frauen* & den Feminismus feiern, sondern uns deutlich mit den polnischen Frauen solidarisieren. Sie brauchen unsere Unterstützung, denn die PiS-Regierung nimmt ihnen im Schulterschluss mit der Kirche ihre Rechte auf Selbstbestimmung und reagiert auf die landesweiten Proteste mit Polizeigewalt und Verhaftungen.

Wir alle können etwas tun, um unseren polnischen Freund:innen unsere Unterstützung zukommen zu lassen. Diese Auswahl an Organisationen hält Informationen und Unterstützungsangebote bereit:

**Ogólnopolski Strajk Kobiet; Women Help Women; Ciocia Basia (Tante Barbara);
Aborcynjny Dream Team; Dziewuchy Dziewuchom; Dziewuchy Berlin; Grupa Stonewall**

Frauen*kampftag 2021

**Frauenorte, Stopp
GenderPayGap!, Kuba
zum Frauentag**

Seiten 2 & 3

#Aufbruch

**Berichte und Ergebnisse
der 1. Tagung des
7. Parteitages der Partei
DIE LINKE**

Seiten 6-8

"Sicherheitskonferenz"

**Die Münchner
"Sicherheitskoferenz"
verdient den Namen nicht**

Seiten 11-13

Nach dem Bundesparteitag

**Von der Milieudebatte
zum Klassenkampf**

Seiten 12 & 13



WWW.DIELINKE-FFO.DE



FACEBOOK.COM/DIELINKEFFO



INSTAGRAM.COM/DIELINKE_FRANKFURTODER

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Internationales Theaterinstitut (ITI)
27. März

Welttag des Theaters

WWF Deutschland
27. März, 20:30 Uhr

Earth Hour 2021

International Board on Books for Young People (IBBY)
02. April

Internationaler Kinderbuchtag

Weltgesundheitsorganisation (WHO)
07. April

Weltgesundheitstag

Vereinte Nationen (UN)
07. April

Internationaler Tag des Gedenkens an den Völkermord in Ruanda 2004

Welt-Roma-Kongress
08. April

Internationaler Tag der Sinti und Roma / Welt-Roma-Tag

European Youth Information and Counselling Agency (ERYICA)
17. April

Europäischer Tag der Jugendinformation**Hinweis:**

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Historische Ereignisse

24. März 1976

Militärputsch in Argentinien

31. März 1991

Ende des Warschauer Paktes

02. April 1945

Befreiung des KZ Niederhagen

11. April 1945

Befreiung des KZ Buchenwald

11. April 1945

Befreiung des KZ Mittelbau-Dora

12. April 1961

Juri Gagarin: Erster Flug eines Menschen in das Weltall

15. April 1945

Befreiung des KZ Bergen-Belsen

19. April 1943

Beginn des Aufstandes im Warschauer Getto. Er wird blutig niedergeschlagen

21. April 1946

In Berlin vereinigen sich Delegierte der KPD und der SPD zur SED. Dem waren Parteitage beider Parteien vorausgegangen. Paritätische Vorsitzende werden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck. Diese Vereinigung wird von Teilen der SPD auch als "Zwangvereinigung" reflektiert und ist bis heute umstritten.

22. April 1945

Befreiung des KZ Sachsenhausen durch polnische und sowjetische Soldaten

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

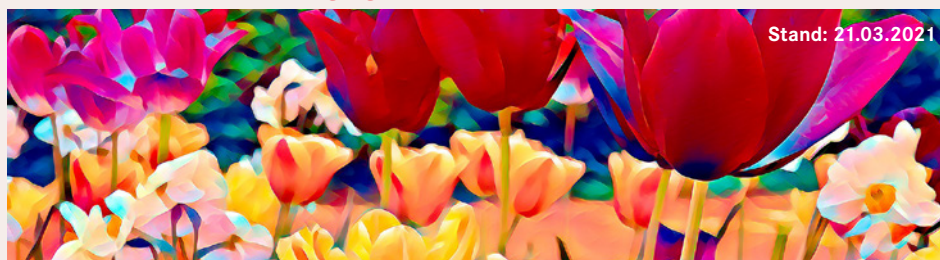
Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:



Werner Geister am 27.3. zum 77.; **Hans-Joachim Methner** am 27.3. zum 75.; **Klaus Klasen** am 30.3. zum 91.; **Jutta Hallasch** am 3.4. zum 81.; **Rolf Jenichen** am 4.4. zum 88.; **Edith Fiedler** am 6.4. zum 94.; **Hans-Jürgen Becker** am 9.4. zum 67.; **Ursula Breyer** am 9.4. zum 91.; **Eva Lauer** am 10.4. zum 89.; **Lothar Voigtmann** am 11.4. zum 82.; **Dieter Koschnitzke** am 13.4. zum 81.; **Ursel Jäckel** am 15.4. zum 90.; **Konrad Kilper** am 15.4. zum 87.; **Gerda Schmidt** am 15.4. zum 93.; **Senta Schenk** am 16.4. zum 77.

Liebe Genossinnen und Genossen, gern möchten wir hier auch zukünftig allen Genoss:innen im Kreisverband persönlich zum Geburtstag gratulieren, auch denen, die jünger als 67 Jahre sind. Jedoch können wir dies nicht ohne die Zustimmung der betreffenden Geburtstagskinder tun. Wenn sich nicht genügend Genoss:innen melden, müssen wir die namentlichen Geburtstagsgrüße ab der nächsten Ausgabe einstellen. Daher bitten wir Euch um eine schnelle schriftliche Rückmeldung bis zum 15.03.2021 in der Geschäftsstelle oder per Mail direkt an uns: der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Vielen Dank! Die AG Der Rote Hahn

Starke Frauen in unserer Doppelstadt



Starken Frauen in unserer Doppelstadt begegnen uns bei einem Stadtspaziergang in Frankfurt (Oder) und Slubice.

Eine studentische Projektgruppe der Europa-Universität Viadrina legte dafür im Jahr 2015 den Grundstein. Sie brachten im Stadtgebiet Tafeln mit kurzen Lebensbeschreibungen von herausragenden Frauen an, zum Beispiel am Tor der Universität in der Logenstraße, auch ein Begleitheft ist für den Spaziergang erschienen. Außerdem stellte die Gruppe ihre Forschungsergebnisse in Vorträgen vor, zum Beispiel in der deutsch-polnischen Seniorenakademie.

Das Projekt dokumentiert in einem Zeitraum von fünf Jahrhunderten das Leben von 14 Frauen, die hier emanzipatorisch auf politischem, wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Gebiet wirkten. Wissenschaftlerinnen waren beispielsweise lange Zeit Ausnahmeerscheinungen in der männlich dominierten wissenschaftlichen Welt. Sie mussten sich den Zugang zu entsprechender Bildung und zu ihrem Platz im Beruf hartnäckig erkämpfen. Erst ab 1908 durften im deutschen

Reich Frauen an einer Universität studieren. Das galt auch für das Medizinstudium, doch nach dem Studium durften sie aber immer noch nicht als Ärztinnen praktizieren, erst ab dem Jahr 1914 erhielten sie das Recht auf die Approbation. Und erst im Jahr 2000 (!) wurde die erste Professorin für Frauenheilkunde berufen. ⁽¹⁾ So gehörte Hedwig Hahn (geboren 1891) zu den ersten Frauen, die nach 1908 Medizin an der Universität (Halle/Saale) studierten. Im Jahr 1919 promovierte sie und eröffnete im Jahr darauf zusammen mit ihrem Mann Rudolf Hahn eine Praxis in der ehemaligen Trowitzsch-Villa (heute Villa Hahn). Ehrenamtlich engagierte sie sich in der Mütterberatung und Säuglingspflege. Außerdem arbeitete sie als Lehrerin an der Berufs- und Frauenschule hier in Frankfurt. Als praktizierende Ärztin war sie in den 20er Jahren eine große Ausnahme unter ihren männlichen Kollegen. Nicht genug würdigen kann man ihr Engagement in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, denn sie behandelte selbstlos Schwerverletzte und Seuchenkranke. Bis 1961 praktizierte sie erfolgreich. Heute ist eine Straße im Frankfurter Westen nach ihr benannt.

Es ist doch bedenkenswert, dass nur noch drei weitere Frankfurterinnen auf eine solche Weise öffentlich geehrt werden: Frau Doktor Ursula Sellschopp, Hedwig Trowitzsch und Sophie Lienau.

Werfen wir einen Blick über die Oder. Während Frankfurt zwei Ehrenbürgerinnen hat, sind es in im kleineren Slubice drei. Krystyna Moczydlowska ist eine von ihnen. Ihr Credo lautete: „Jeder Mensch ist so viel wert, wie viel er imstande ist, von sich selbst anderen Menschen zu geben.“ Entsprechend setzte sie sich zeitlebens für die Gleichstellung behinderter Menschen ein. Geboren 1941, selbst körperlich behindert, erlernte sie den Beruf der Buchhalterin und arbeitete an der Slubicer Gesamtschule. Als Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende des

polnischen Behindertenverbandes (TWK - Polski Towarzystwo Walki z Kalectwem) organisierte sie gemeinsame Freizeitangebote, Feste, Fahrten u. a. für Behinderte und Nichtbehinderte. Ihr Wirken schloss auch die musische und künstlerische Förderung behinderter Kinder und Erwachsener, die Rechtsberatung ehemaliger Inhaftierter oder auch die Vernetzung von NGO's in der Region ein. Ein sichtbares Zeichen ihres Wirkens sind u. a. barrierefreie Fußwege und Zugänge zu öffentlichen Gebäuden in Slubice. Frau Moczydlowski erhielt zahlreiche staatliche Auszeichnungen und wurde 2014, ein Jahr nach ihrem Tod, Ehrenbürgerin der Stadt.

Beide Frauen stehen symbolisch für die vielen anderen, die sich in den vergangenen Jahrhunderten emanzipierten und sich im Rahmen der Möglichkeiten ihrer Zeit beispielhaft gesellschaftlich engagierten. Die erkämpften Frauenrechte sind für uns heute selbstverständlich, für weitere muss noch immer gestritten werden.

Ein Stadtspaziergang unter dem Gesichtspunkt, interessante Frauen aus der Geschichte unserer Stadt kennenzulernen, lohnt sich auf jeden Fall.

Anregungen und ein passender Stadtplan finden sich unter www.frauenorte-ffo.de.

Quellen: Begleitheft Stadtspaziergang/ Frauenorte/miejscakobiet

info@frauenorte-ffo.de

⁽¹⁾Hier muss man ergänzend einfügen, dass 1998 der Deutsche Ärztinnenbund forderte, dass endlich eine Ärztin eine C4-Professur für Frauenheilkunde erhält. In der DDR wurde 1959 Frau Dr. Meta Sander zur ersten Professorin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe berufen.

Elke Thiele

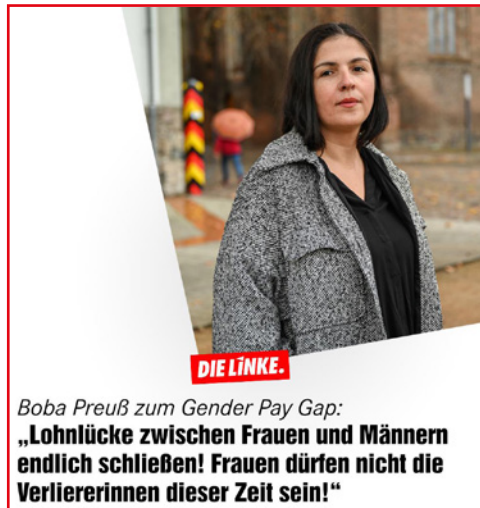
Stopp Gender Pay Gap!

leider feststellen, dass uns die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern erhalten bleibt. Einzig positiv anzumerken ist, dass sie sich verkleinert hat. 2019 betrug sie 19 Prozent, 2020 ist sie auf 18 Prozent gesunken. 18 Prozent verdienen Frauen weniger als Männer, die bereinigte Lücke beträgt ungefähr 6 Prozent! Warum erhebt das Statistische Bundesamt immer zwei Gehaltslücken? Die 18 Prozent, von denen zumeist die Rede ist, sind der unbereinigte Wert. Dieser vergleicht den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer:innen, ohne die ursächlichen Faktoren zu berücksichtigen. Die Differenz ist deshalb so groß, weil zum Beispiel mehr Frauen als Männer in schlechter bezahlten Berufen und in Teilzeit arbeiten. Der bereinigte Gender Pay Gap hingegen liegt unverändert bei sechs Prozent. Im Vergleich zur unberei-

nigten Lohnlücke misst er den Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Berufserfahrungen.

Weniger Lohn bedeutet für die Betroffenen weniger Unabhängigkeit, weniger Selbstbestimmung und höheres Risiko in die Altersarmut abzugleiten. Das sind nur einige schwerwiegende Folgen, die hinter diesen Zahlen stehen. Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig Frauen für die Gesellschaft sind, sie zeigt aber auch, dass Frauen die Verliererinnen dieser Zeit sind. Das Ziel kann also nur sein: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Denn Arbeit von Frauen muss endlich gesellschaftlich genauso viel wert wie die von Männern!"

Boba Preuß



DIE LINKE.

Boba Preuß zum Gender Pay Gap: „Lohnlücke zwischen Frauen und Männern endlich schließen! Frauen dürfen nicht die Verliererinnen dieser Zeit sein!“

Unsere stellvertretende Kreisvorsitzende Boba Preuß zum Thema Gender Pay Gap - geschlechtsspezifische unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen:

"Jährlich grüßt das Murmeltier: Auch zum diesjährigen Equal Pay Day müssen wir

Kuba zum Frauentag

Wenn man Anfang März über Kuba und Frauen schreibt, gilt dasselbe wie im restlichen Teil des Jahres: Die Gleichberechtigung ist Realität. Über „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ braucht man nicht nachdenken; diese uralte Forderung ist Selbstverständnis. Keine Besonderheit sind Polizistinnen, weibliche Angehörige der Armee und andere angeblich nur männliche Berufungen.

Die Fotos zeigen kubanische Normalität. Aktuelle Ergänzung: Dass trotz aller Bemühungen und Erfolge noch allerhand zu tun ist, wird allein dadurch deutlich, dass mit einem Präsidialdekret Kubas Regierung am 8. März 2021 die weitere Umsetzung des „Nationalen Plans zur Frauenförderung“ forciert und es in diesem Zusammenhang für notwendig erachtet, unter anderem

eine Beobachtungsstelle für geschlechtsspezifische Gewalt zu gründen.

Buchtipp zum Thema: Christine Heidrich; Frauen erneuern Havanna - Architektinnen, Ingenieurinnen und ihre Bauwerke im architektonischen Weltkulturerbe der Altstadt, ISBN: 978-3868289558

Wolfgang Frotscher



EINE FRÜHERE „MÄNNERDOMÄNE“ WIRD ZUNEHMEND VON FRAUEN EINGENOMMEN: FAHRERIN EINES „COCO-TAXIS“ IN HAVANNA.



EIN GANZ ALLTÄGLICHES STRASSENBILD ÜBERALL IN KUBA: SOGENANNT „VATERPFLICHTEN“ WERDEN WIE SELBSTVERSTÄNDLICH ÜBERNOMMEN.



MANIFESTATION ZUM „TAG DER REVOLUTION“ AM 2. JANUAR 2017 IN HAVANNA. FRAUEN IN UNIFORM SIND KEINE SELTENHEIT.

FOTOS: WOLFGANG FROTSCHER

#Aufbruch

Am 26. und 27. Februar 2021 fand die 1. (online)-Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE statt.

Nach der Wahl der Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow tauchte vielfach der Begriff „Aufbruch“ auf und es wurde viel von einem „Aufbruch“ der Partei gesprochen.

Wir greifen den Begriff auf und berichten in dieser und den kommenden Ausgaben über die Ergebnisse des Parteitages und versuchen, die notwendige Verbindung zu unserer Parteiarbeit vor

Ort herzustellen. Die nächste Tagung des 7. Parteitages wird Ende Juni zur Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms stattfinden. Auch auf diese werden wir in den nächsten Ausgaben unter #Aufbruch eingehen.

In dieser Ausgabe: Nach einem ersten Bericht der beiden Delegierten unseres Kreisverbandes, Annelie Böttcher und Frank Hühner, setzt Annelie Böttcher ihre Berichterstattung fort. Mit Frank Hühner sprach Michael Große über den „Aufbruch in eine neue Zeit“.



JANINE WISSLER UND SUSANNE HENNING-WELLSOW

Bericht über die 1. Tagung

DIE LINKE.

Dieser Online -Parteitag vom 26. und 27.2.2021 wurde den Delegierten sehr leicht gemacht, da wir vorher bei Probeabläufen unsere Probleme durch ein gutes Team klären lassen haben. Nach den vorgeschriebenen Organisationen zur Tagesleitung, dem Zeitplan, der Wahl der vielen nötigen Kommissionen und dem Wahlverfahren zum BPT, kam der 1. Höhepunkt: die Rede von Bernd Riexinger.

Er zeigte sein kampflustiges Herz eines Gewerkschafters. Dabei ließ er kaum ein gutes Haar an der Politik der Koalition und machte auch Vorschläge, wie DIE LINKE Ökologie und Ökonomie ihr (unser) Handeln bestimmen kann.

Ohne jetzt eine Aufzählung der einzelnen Redner zu erläutern, werde ich, die für mich wichtigen Dinge, zusammenfassen:

Was unsere Partei mit auszeichnet ist Friedensliebe, Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Aufzeigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft und gute Vorschläge (und Taten, wo wir selbst etwas ändern können) machen. Wir müssen unsere Friedensliebe immer wieder zeigen und dem Krieg und faschistischen Tendenzen mutig entgegentreten, Solidarität mit allen friedvollen Menschen in unterschiedlichen Ländern üben (z.B. Kuba und). Schluss mit dem Sparwahn im Gesundheitswesen. Erkennen, dass gute Bildung eine Voraussetzung für gute Wirtschaft und gutes Leben ist. Nicht nur neben der Politik stehen, sondern sie mitgestalten (Katja Kipping). Bündeln wir die Kräfte und verzetteln wir uns nicht

(Dietmar Bartsch).

Katjas Rede war sehr emotional angelegt und berührte viele Herzen. Dietmars Rede war einfach nur gut und weiter kämpferisch. Katja und Bernd erhielten dankenden Applaus für ihre geleistete Arbeit und wurden herzlich verabschiedet. Nach der Wahl der beiden neuen Parteivorsitzenden, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, hielten beide ihre Antrittsreden und versprachen Gemeinsamkeit im Handeln. Beide kamen gut an, wobei ich erkannte, dass Janine als Rednerin schon sehr geschult ist. Aber auch Susanne kam bei uns gut an. Ich hoffe, dass es eine gute Zusammenarbeit mit der Fraktion im Bundestag gibt, und diese in die Mitgliedschaft ausstrahlt. Dieser BPT gibt uns Rückenwind für den Juni: BPT und alle anstehenden Wahlen.

Annelie Böttcher

Aufbruch in eine neue Zeit

Für die neu gewählten Vorsitzenden, Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, beginnt mit der 1. Tagung des 7. Parteitags der Partei DIE LINKE eine neue Zeit. Darüber, wie das Frank Hühner, einer der beiden Delegierten unseres Kreisverbandes zum 7. Parteitag, sieht und vor welchen Herausforderungen der Kreisverband nach der 1. Tagung steht, sprach Michael Große mit ihm.

Auf der ersten Pressekonferenz der beiden neuen Vorsitzenden begründete Susanne Hennig-Wellsow den Beginn einer neuen Zeit, damit, „dass wir einen Aufbruch in eine neue Phase gehen, dass wir klar und deutlich sagen, was wir wollen und dass wir gleichzeitig einen Parteivorstand gewählt bekommen haben“, mit sehr vielen jungen Leuten, was eine völlig andere, neue Kultur linker Politik möglich macht. Wie siehst Du das Frank?

Frank Hühner: Ich halte nicht so viel davon, vorschnell von einer „neuen Kultur“ zu sprechen. Der Parteivorstand muss erst unter Beweis stellen, ob er dies auch in der praktischen politischen Arbeit umsetzen kann und wie er die Partei in ihrer Breite und Vielfalt da mitnehmen kann. Dabei wünsche ich den beiden Vorsitzenden und dem gesamten Parteivorstand eine glückliche Hand.

Jetzt, gut vierzehn Tage nach dem Parteitag, sehe ich allerdings schon eine kleine Delle in der während des Parteitags vorhandenen Aufbruchstimmung. Dies liegt einerseits an kritischen Stimmen, die ohne wirkliche Basis, eine grundsätzlichen Kurzwechsel der Partei erkennen wollen, andererseits kann ich noch nicht so recht erkennen, wie die Ergebnisse des Parteitages von der Parteibasis aufgegriffen werden.

Neben der Wahl des neuen Vorstandes hat der Parteitag, nach diversen Änderungen den Leitantrag des alten Vorstandes zum Beschluss erhoben: „Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel“. Ein Jahr zuvor, am 28. Februar 2020, fand in Kassel die Strategiekonferenz der LINKEN in Kassel statt. Folgt man der Homepage dieser Konferenz, dann enthält der Beschluss nun die politische Strategie für unser Ziel: für eine Änderung der Politik und für einen sozial-ökologischen Systemwechsel. Welche ist die zukünftige politische Strategie der LINKEN?

FH: Ein zentraler Punkt erscheint mir die konsequente Verbindung der Klimafrage

mit der sozialen Frage und dabei die Friedensfrage nicht außen vor zu lassen. Hier hebt sich DIE LINKE auch deutlich von den anderen Parteien ab. So macht DIE LINKE deutlich, dass es gilt in eine harte Auseinandersetzung mit den Herrschenden und nicht zuletzt dem Kapital zu gehen, da diese Seite nicht qua Einsicht den notwendigen Systemwechsel einleiten wird – was sich ja so manche bei den Grünen herbeiwünschen.

Ebenso wichtig erscheint mir der Hinweis auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit verschiedenen Bewegungen, da die notwendigen Veränderungen nur mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung und einem breit getragenen gesellschaftlichen Druck erreicht werden können. Auch ein progressives Regierungsbündnis allein wird die notwendigen Veränderungen nicht auf den Weg bringen können. Daher steht für mich der linke Green New Deal auch für einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Im Kreisverband haben Kommunalpolitik und Wahlkämpfe einen hohen Stellenwert. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der LINKEN im zurückliegenden Jahrzehnt in Frankfurt (Oder) zeigt, dass dies allein nicht ausreicht, um Menschen von der Politik der LINKEN zu überzeugen. Welche Impulse für das zukünftige politische Handeln des Kreisverbandes enthält der Beschluss „Wie wir gerecht aus der Krise kommen“?

FH: Sicher gilt es hier die Zielstellungen des Beschlusses konsequent zu kommunizieren und auf die örtliche Situation herunterzubrechen – ein nicht ganz einfaches Unterfangen, aber machbar. Die im Beschluss formulierten Ziele, die sich ja übrigens vielfach schon im Erfurter Parteiprogramm finden, müssen mit den Zielen der Politik vor Ort verbunden werden. Zentral erscheint mir für die örtliche Situation, dass sich DIE LINKE vor Ort deutlicher als die Kraft zeigt, die die soziale Frage immer wieder auf die Tagesordnung setzt und gemeinsam mit den Menschen vor Ort für ein besseres Leben kämpft. DIE LINKE im Kreisverband muss deutlich machen, dass sie mit den Ausgrenzten und Abgehängten für deren Beteiligung am städtischen

Leben streitet und für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation eintritt. Auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Bewegungen sehe ich im Kreisverband noch viele bisher ungenutzte Möglichkeiten.

Frank, Du bist wiedergewählter Sprecher der AG DIE LINKE. stärken. Deren Ziel ist ein Kreisverband, der bereit ist für die kommenden Kämpfe – eine aktive, organisierende und verbindende Mitgliederpartei. Welche Erwartungen hast Du an den Kreisvorstand hinsichtlich des Dialogs mit der Basis über die Ergebnisse der 1. Tagung und die breite Einbeziehung der Basis in die Parteiarbeit?

FH: Unabhängig von der Auswertung des Parteitages erwarte ich grundsätzlich mehr Dialog im Kreisverband. Die bisherige Nicht-Diskussion im Vorfeld des Parteitages, die auch im Umfeld der angesprochenen Strategie-Konferenz im vergangenen Jahr zu verzeichnen war und sich fast durch alle Politikbereiche und die gesamte Arbeit im Kreisverband zieht, muss unbedingt aufgebrochen werden. Hierzu gehört es aus meiner Sicht auch, dass sich der Kreisvorstand intensiv für die politische Bildungsarbeit einsetzt, da ich hierin ein wichtiges Element des notwendigen Dialogs sehe.

Die nächste größere Gelegenheit zum Dialog besteht in der Debatte des Bundestagswahlprogramms, in dem die Partei ihre Ziele fixiert, die dann im Wahlkampf mit den Mitgliedern, aber auch den Bürger*innen an Infoständen, an der Haustür, über den Gartenzaun und bei vielen anderen Gelegenheiten zu diskutieren sind. Wenn es nicht frühzeitig gelingt die Mitglieder und Sympathisant*innen in diesen Dialog einzubeziehen, werden diese im Wahlkampf nur schwer in der Lage sein, um Stimmen für DIE LINKE bei der Bundestagswahl zu werben.

Die AG DIE LINKE. stärken wird ihren Beitrag zur Förderung des Dialogs mit verschiedenen Angeboten leisten, aber ich erwarte insgesamt schon mehr Engagement des Kreisvorstandes, der hier ganz klar in der politischen Verantwortung steht.

Beschlüsse der 1. Tagung des 7. Parteitages

Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel

1. Die friedenspolitischen Positionen der Linken bekräftigen
2. Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation

3. Für eine migrantische und antirassistische LINKE

4. Zum Mitgliederentscheid „Bedingungsloses Grundeinkommen“

5. Änderung der Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen

Diese Beschlüsse sind veröffentlicht auf <https://kurzelinks.de/o8jh>

Die Beschlüsse mit den lfd. Nummern 2. bis 5. werden in den nächsten Ausgaben in der Rubrik „# Aufbruch“ näher beleuchtet.

Der neue Parteivorstand

Der Parteivorstand besteht laut Bundesatzung aus insgesamt 44 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes.

Der neue Parteivorstand wurde auf der ersten Tagung des 7. Parteitags am 26. und 27. Februar 2021 online gewählt. Im juristischen Sinn handelte es sich dabei um eine Vorwahl, die durch eine Briefwahl bestätigt werden musste. Neben den beiden Vorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler wurden gewählt:

Stellvertretende Vorsitzende:
Jana Seppelt und **Katina Schubert** (beide Landesverband Berlin), **Martina Renner** (LV Thüringen), **Ali Al-Dailami** (LV

Hessen), **Ates Gürpınar** (LV Bayern) und **Tobias Pflüger** (LV Baden-Württemberg)

Bundesgeschäftsführer:
Jörg Schindler (LV Sachsen-Anhalt)

Bundesschatzmeister:
Harald Wolf (LV Berlin).

Von den 34 weiteren Mitgliedern des Parteivorstandes kommen aus Brandenburg: **Konstantin Gräfe** (für linksjugend [solid], KV Potsdam) und **Tobias Bank** (KV Havelland).

Eine Übersicht über alle Parteivorstandsmitglieder und ihre Ergebnisse bei der Vorwahl und der Briefwahl: <https://kurzelinks.de/info-rh>

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht **Helmut Scholz**, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite: www.helmutscholz.eu einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel. Dieser kann dort auch abonniert werden.



Sozialberatung – ein Angebot

Jeden Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr Beratung zu Arbeitslosengeld I und II, Mindestsicherung im Alter durch Joachim Wawrzyniak.

Ort: Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Frankfurt (Oder) Zehmeplatz 11, 5. Etage, 15230 Frankfurt (Oder); Telefon: 0335 / 400 20 47

Bei Bedarf Begleitung zum Jobcenter und telefonische Beratung unter: 0152 / 02 03 10 77.

Das Sozialberatungsangebot im Einzelnen:

Arbeitslosengeld I

Wann, wie und wo muss ich mich arbeitslos melden? Welche Leistungen gibt

es und ist das Arbeitslosengeld richtig berechnet? Was ist bei einer Eingliederungsvereinbarung (gilt auch bei Hartz IV) zu beachten?

2016 wurden bei ca. 3,5 Millionen Arbeitslosengeld I Empfänger – 753.000 von ihnen vom Arbeitsamt sanktioniert.

Arbeitslosengeld II – Hartz IV

Zu lange arbeitslos dann kommt Hartz IV. Viele weitere haben einen Mini-Job, sind in Leiharbeit, haben einen Werkvertrag oder geraten durch Niedriglohn immer wieder in existenzielle Nöte und müssen ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken. Welche ergänzenden finanziellen Leistungen stehen einem zu? Des Weiteren geht es um KDU (Kosten der Unter-

kunft) Schulstarterpaket, Klassenreisen, Teilhabepaket und Anschaffungen (z.B. Waschmaschine, Kühlschrank, Brille usw.).

Auf prekäre Arbeit folgt Armut im Alter

Wenn das Einkommen für den Lebensunterhalt im Alter nicht ausreicht, sollte bis 823,- Euro Einkommen prüfen lassen, ob ihm noch Anteile an Grundsicherung im Alter zusteht. Wer bekommt Grundsicherung? Wie hoch ist die Grundsicherung? Müssen Kinder für ihre Eltern zahlen?

Dies alles und weiteres kann in einem persönlichen Gespräch erörtert werden.

Kostenloses Schulessen während des Lockdowns in Frankfurt

Schulen und Horte waren lange Zeit während des Lockdowns zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geschlossen – und damit auch die Schulkantinen. Kinder, deren Eltern von Hartz IV leben müssen, bekommen seitdem kein kostenloses Schulessen in Frankfurt (Oder). Im Normalfall wird die Bezahlung des Mittagessens, beziehungsweise die Erstattung, über das Bildungs- und Teilhabepaket gesichert. Ich habe bei der Stadtverwaltung dazu nachgefragt und nachgehakt.



Wenn die Schulen und Schulkantinen geschlossen sind und die Familien für ihre Kinder Essen kaufen müssen, ist das eine enorme Mehrbelastung für Familien, die Hartz-IV beziehen. Die Bundesregierung hat deswegen im vergangenen Jahr das sogenannte Sozialschutzpaket II beschlossen. Das sieht unter anderem eine Kompensation für den Wegfall der Versorgung in den Einrichtungen vor, indem das Schulessen ausgeliefert oder abgeholt werden kann. Kinder, deren Familien im Bezug von Wohngeld oder Kinderzuschlag sind, gehören ebenfalls zum Kreis der Anspruchsberechtigten. Der Wegfall des Kriteriums der Gemeinschaftlichkeit gilt auch für Leistungsberechtigte in Werkstätten für behinderte Menschen und für vergleichbare Einrichtungen.

Trotz Bedarf kein Angebot

In Frankfurt (Oder) wächst jedes dritte Kind in finanziell ärmeren Verhältnissen auf. Bisher hat die Verwaltung versäumt,

ein stadtweites Angebot der Belieferung und Abholung des Schulessens einzurichten, obwohl auf Bundesebene bereits seit einem halben Jahr die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Deswegen habe ich untenstehende Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 11.02.2021 an die Stadtverwaltung gestellt. Nun liegt die Antwort der Stadtverwaltung vor.

Die Antwort der Stadtverwaltung zeigt leider, dass weder der Stadt noch den Schulen die prekäre Situation der Familien ausreichend bewusst war. Die 10.540 Inanspruchnahmen des kostenlosen Mittagessens in 2020 zeigen, wie wichtig das Angebot des kostenlosen Schulmittagessens im Lockdown gewesen wäre. Der Fall zeigt, wie schnell Kinder und Familien aus ärmeren Verhältnissen übersehen werden. Der Hinweis, dass Familien von sich aus keine Bedarfe angemeldet hätten, verschiebt die Verantwortung in Richtung der Betroffenen. Doch im Hartz-IV-System spüren Betroffene viel zu oft, dass ihr Einzelfall egal ist. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass sich die meisten Berechtigten nicht proaktiv gemeldet haben. Hoffnungsvoll stimmt mich, dass die Anfrage etwas Bewegung in die Sache gebracht hat. Mittlerweile werden die Bedarfe bei den Einrichtungen geprüft und das Angebot besser kommuniziert. Wir müssen auf städtischer Ebene alle Möglichkeiten nutzen, um die betroffenen Familien zu unterstützen und die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Deswegen bleibe ich auch zukünftig am Thema dran!

Anfrage mit offizieller Antwort

1. Wie viele Leistungsberechtigte haben schätzungsweise Anspruch auf Mittagessen im Sinne des Sozialschutzpaket II?

Eine statistische Erhebung zu den dem Grunde nach anspruchsberechtigten Personen ist nicht möglich. Festzustellen ist, dass im Jahr 2020 insgesamt 10.540 Zahlfälle zur Mittagsversorgung im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe bearbeitet worden sind.

2. Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, um im Sinne des Sozialschutzpaket II Mittagessen zu beliefern oder abholen zu können?

Das Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutzpaket II) ist in den hier maßgeblichen Teilen am 28.05.2020 verkündet worden (Bundesgesetzblatt 2020 Teil 1, Nr. 24) und mit Wirkung ab dem 29.05.2020 in Kraft getreten. Für die Zeit des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 bestand somit keine Möglichkeit mehr, rückwirkend steuernd einzugreifen.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 erfolgte gegenüber dem Amt für Jugend und Soziales keine Anzeige hinsichtlich eines Steuerungsbedarfes. Weder die Kitaträger noch Schulträger noch Eltern leistungsberechtigter Kinder sind diesbezüglich an das Amt für Jugend und Soziales herangetreten; gleiches gilt auch für das Jobcenter Frankfurt (Oder). Insoweit und im Hinblick auch auf andere Regelungsbedarfe sind seitens des Amtes für Jugend und Soziales keine vorbereitenden Maßnahmen für die – sodann auch eingetretene – Eventualität eines zweiten Lockdowns ergriffen worden.

Da im zweiten Lockdown die Kindertagesstätten nicht geschlossen worden sind und sich auch eine fast vollständige Auslastung der Kindertagesstätten zeigte, sind momentan überwiegend die leistungsberechtigten Hortkinder ohne Notbetreuungsanspruch sowie die leistungsberechtigten Schulkinder betroffen. Nach hiesiger

Kenntnis bieten derzeit 2 Einrichtungen einen Abholservice an, wobei die tatsächlichen Inanspruchnahmen sehr divergieren.

3. Erlauben es die rechtlichen Vorgaben aus dem Sozialschutzpaket II, dass lokale Gastronomen leistungsberechtigte Kinder zum Mittagessen bekochen und die Kosten vom Bund übernommen werden könnten?

Nach Auffassung des Fachamtes, sind durch die Regelungen im Sozialschutzpaket II die Voraussetzung der Gemeinschaftlichkeit und der Versorgung in Trägerverantwortung / schulischer Verantwortung für die Gewährung des Mittagessens als Leistung der Bildung und Teilhabe entfallen. D.h. es wird auf die gemeinsame Einnahme des Mittagessens in der Einrichtung verzichtet. Sowohl in der Gesetzesbegründung (Bundestagsdrucksache 19/18966) als auch in der Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (Bundestagsdrucksache 19/19204) wird daher weiterhin von Anbietern gesprochen, welche andere Abgabewege beschreiten können. Entsprechende Mehraufwendungen wären sodann zu übernehmen. Zudem sollen die Ersatzlösungen "möglichst nah an die bisher bestehenden Versorgungsstrukturen" angelehnt werden. Diese Ausführungen belegen, dass das gesetzgebende Organ eine Mittagsversorgung im Rahmen der Leistungen von Bildung und Teilhabe nur durch jene Gastronomen/Caterer vor Augen hatte, die

auch außerhalb der Pandemie in die Mittagessenversorgung eingebunden sind.

Abschließend ist anzumerken, dass diese Anfrage Veranlassung ist, die bisher im Rahmen der Pandemiebewältigung gesammelten Erfahrungen noch einmal zu reflektieren und die Notwendigkeit der Etablierung von alternativen Versorgungsstrukturen für die Mittagsverpflegung zu prüfen.

Stefan Kunath



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke/

DIE LINKE. hilft!

Ziel der Partei DIE LINKE ist eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV mit Regelsätzen, die nicht zum Leben reichen und der Möglichkeit diese durch Sanktionen noch zu kürzen. Entgegen dem Mainstream ist DIE LINKE nicht der Meinung, dass Sozialleistungen Erwerbslose bequem und faul machen. Sie brauchen Unterstützung.

„DIE LINKE. hilft!“ ist darum ein Angebot für Menschen, die in Erwerbslosigkeit geraten. Mit Sozialberatung stehen wir diesen Menschen mit Rat und Tat zur Seite. Zum Beispiel beim Ausfüllen des Hartz-IV-Antrags oder durch Begleitung zum Jobcenter. Für das eingangs genannte Ziel gilt es zu kämpfen. Nicht nur im Parla-

ment. Der Kampf dort kann nur erfolgreich sein, wenn er von Protest und Widerstand der Betroffenen im Jobcenter und auf der Straße begleitet wird. Sich dafür zu organisieren auch dabei hilft DIE LINKE. Und weil man einen Finger brechen kann, aber fünf Finger eine Faust sind, sieht DIE LINKE eine weitere Aufgabe darin, die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen herauszuarbeiten, zu formulieren und Bündnisse der Solidarität zu schmieden.

Beraten, organisieren, kämpfen = DIE LINKE. hilft! Oder: Nicht „Wir kümmern uns um Eure Alltagsprobleme.“, sondern „Wir kümmern uns gemeinsam mit Euch um Eure Alltagsprobleme.“

Michael Große

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047

☎ (0335) 4002031

✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>

📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>

📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

📺 <http://gleft.de/45M>

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)

Michael Große, Sonnhild Grünberg,

Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

regelmäßige Gastautor:innen:

Horst Dahlmann, Frank Kreitner,

Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99

BIC: WELADED1LOS

bei der Sparkasse Oder-Spree

Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 22. April 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

13. April 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 16. April, 13:00 Uhr, Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



Münchener „Sicherheitskonferenz“ verdient den Namen nicht

Die traditionelle sogenannte Sicherheitskonferenz zu Beginn jedes Jahres in München mit breiter internationaler Beteiligung von Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsministern fand 2021 wegen der Corona-Pandemie als Online-Veranstaltung statt. Erwartungen und Aufmerksamkeit der Regierungen der europäischen NATO-Länder sowie der Medien waren vor allem auf die Teilnahme des neuen Präsidenten der USA Joe Biden gerichtet. Sie können zufrieden sein.



Joe Biden erklärte: „Amerika ist zurück, das transatlantische Bündnis ist zurück.“ Die neue Regierung wolle das von Trump beeinträchtigte Vertrauen der Europäer „zurück gewinnen“. Unmissverständlich gab er die politische Richtung für das NATO-Bündnis und das gegenseitige Vertrauen vor. In Europa und den USA befinde sich „der demokratische Fortschritt unter Beschuss. Der Kreml greift unsere Demokratie und Institutionen an“. Und weiter: Der Wettstreit mit China „sei ein Rennen um die Zukunft, das es zu gewinnen gilt“.

Damit war auf der „Sicherheitskonferenz“ die Arena für durch keinerlei Fakten begründeten politischen Angriffe auf Russland und China freigegeben. Beide Staaten waren nicht Teilnehmer der Konferenz.

Der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, schlussfolgerte „der Aufstieg Chinas ist ein bestimmendes Thema für die transatlantische Gemeinschaft mit möglichen Folgen für unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensweise. Daher muss die NATO weltweit neue Partner finden“. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, forderte von den Mitgliedsstaaten der EU: „Mit Blick auf das wachsende wirtschaftliche Selbstbewusstsein Chinas und auf die zunehmende provokative Haltung Russlands liegt es an den Vereinigten Staaten und Europa, unsere Zusammenarbeit wieder zu verstärken.“

Es geht um noch mehr Rüstung. Dafür beispielgebend bekundete die Bundes-

kanzlerin, dass die BRD sich verpflichtet fühlt, künftig 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär auszugeben.

China ist der größte Handelspartner Deutschlands. Für die EU sind weitgehende Wirtschaftsbeziehungen zu China unverzichtbar. Genau so lehrt die Geschichte, dass es ohne gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland keine stabile Friedensordnung in Europa gibt. Statt den Regierungswechsel in den USA als mögliche Chance für eine selbstbestimmte Politik der Entspannung zur friedlichen Lösung der strittigen Probleme zu nutzen, lassen sich die deutsche Bundesregierung und die Europäische Kommission im vorausseilenden 'Gehorsam von Joe Biden in das Weltherrschaftstreben der USA weiter einbinden. Die EU hat ihren Botschafter aus Havanna nach Brüssel zurück beordert.

Der Diplomat hatte seinen Namen unter einen Appell an Joe Biden gesetzt, in dem die Aufhebung der Sanktionen gefordert wird. Die seit 1960 betriebene Blockade, verschärft durch die Corona-Krise, hat dem kubanischen Volk viel Leid verursacht. Das war der Grund seines Handelns.

Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung lässt außer Acht, dass es 1990 ohne sowjetische Zustimmung die staatliche deutsche Einheit nicht gegeben hätte. Vergessen ist, dass Gorbatschow sie mit der Vision eines „Hauses Europa mit einem Zimmer für Russland“ verband. Es wird immer offensichtlicher, dass die seit Monaten von der deutschen Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister in der EU inszenierten Proteste und Sanktionen an die Adresse Russlands nicht dem Schicksal des Menschen Nawalny geschuldet sind, sondern die Instrumenta-

lisierung des Putin-Kritikers für eine russlandfeindliche Kampagne bezwecken.

Der Präsident der USA Joe Biden lässt noch offen, ob er den von seinem Vorgänger Trump angekündigten Abzug des USA-Militärs aus Afghanistan zum 30. April 2021 vollzieht oder stoppt. Eine Mehrheit des Bundestages hat jedoch bereits das Mandat für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bis zum 30. Januar 2022 verlängert, bei einem eindeutigen Nein der Linksfraktion. Die BRD stellt nach den USA das zweitgrößte Truppenkontingent.

Zwanzig Jahre deutsche Kriegsbeteiligung haben dem afghanischen Volk nicht die angekündigte Demokratie, sondern bis zur Stunde unermessliches Leid gebracht. Mehr als 50 Soldaten der Bundeswehr verloren ihr Leben. Hunderte erlitten bleibende gesundheitliche Beeinträchtigungen. Milliarden Steuergelder wurden und werden verpulvert. Die humanitäre Tragödie in Afghanistan, mitverschuldet durch Deutschlands Politik, sollte linken Politikern, die eine Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr erwägen, Anlass zur Umkehr sein. Auch ein UN-Mandat schließt machtpolitische Ambitionen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht aus.

Die Münchener Sicherheitskonferenz verdient den Namen nicht. Sie war, so die Co-Vorsitzende der linken Bundestagsfraktion Amira Mohamed Ali „eine Propagandaschau für Aufrüstung, Säbelrasseln und Kriegsvorbereitung. Millionen Menschen leiden in der Krise, und die Bundesregierung setzt auf mehr Geld für Waffen“. Das ist unverantwortlich!

Horst Dahlmann

Von der Milieudebatte zum Klassenkampf

Nach dem Parteitag sollte auch nach dem Ende der Milieudebatte sein, oder auch: die Bedeutung von verbindender Klassenpolitik und kämpferischer Praxis vor Ort

Es sind noch sechs Monate bis zur Bundestagswahl. Nach einem gut verlaufenen Online-Parteitag und der Wahl der ersten weiblichen Parteivorsitzenden-Doppelspitze Deutschlands auf Bundesebene mit einem hoffnungsvollen Aufbruchssignal blicken wir nun auf die Landtagswahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und fragen uns: Woran hat's gelegen? Und: Was heißt das für unseren Bundestagswahlkampf?

Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrages sind die Wahlen in den zwei Bundesländern weniger als eine Woche her. Insofern gibt es keine - aus meiner Sicht - wirklich standfeste und belastbare Analyse. Die Debattenbeiträge, die ich zu diesem Thema mitbekommen habe, sind wie ein Spiegelbild der parteiinternen Debatte vor und nach dem Parteitag: die Frage, warum uns diese konservativen Arbeiter:innen

eigentlich nicht wählen und ob es überhaupt so gut sei, dass unsere Hochburgen im wesentlichen aus den Universitäts-großstädten bestehen. Also die gute alte Milieudebatte, die uns seit Jahren mit uns selbst beschäftigt und viel zu oft im luftleeren Raum ausgetragen wird.

Eine stichhaltige Analyse und tragbare Strategie für unsere Partei, für die anstehenden Bundestagswahlen, aber auch darüber hinaus, muss aus meiner Sicht auch eine Rationalisierung und Beweis der aufgestellten Thesen zur Wähler:innenschaft und unseren Mitgliedern, sowie eine Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Machtverhältnisse als Grundlage haben. Nur dann kann sichergestellt werden, dass sie in der Praxis etwas taugt.

Bezogen auf die aktuelle Debatte möchte ich nun einige Punkte klarstellen, die mir sonst oft zu wenig Beachtung finden.

Die Arbeiter:innen in Wahlumfragen sind keine Arbeiter:innen im Sinne einer sozialwissenschaftlichen Kategorisierung, sondern lediglich eine Selbstzuschreibung. Es hat gewissermaßen auch Geschichte in linken Parteien, dass man von weniger Arbeiter:innen gewählt wird, als man sich das wünschen würde. Zudem könnte durchaus diskutiert werden, ob die Vorarbeiter:in bei Daimler, die vergleichsweise sehr gut verdient und Aktienpakete von Daimler hält, noch in einer Kategorie mit der Zeitarbeiter:in gesehen werden sollte, die für einen Bruchteil des Lohns arbeitet und sich ökonomisch in einer vollkommen anderen Lage befindet.

Trotz Mitgliederrückgang bundesweit hat sich übrigens der Anteil an Arbeiter:innen in unserer Mitgliedschaft über einen annähernd 20 Jahre langen Zeitraum (1998 - 2017) bei 17% stabilisiert, während der Arbeiter:innen-Anteil bei anderen Parteien sank (die SPD war zuletzt bei 16%). Der Anteil an Gewerkschafter:innen ist sogar von 23% auf 33% gestiegen und stabilisiert sich scheinbar dort, auch hier wieder im Gegensatz zu den Anteilen der anderen Parteien. Was ich damit sagen will ist, dass in Relation zu anderen Parteien und der Gesamtgesellschaft sich mehr Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen in der LINKEN befinden, als je zuvor in den vergangenen 20 Jahren! (Zahlen sind entnommen aus: Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017 in: ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 50 (2019), Heft 1, Seite 81 - 98)

Ebenso wünsche ich mir bei der Akademisierungs-Hipster-Latte-Macchiato-Debatte eine materialistische und ehrliche Analyse. Ja, es stimmt, dass uns mehr Akademiker:innen wählen und zuneh-



mend auch Mitglied werden. Was aber zur Wahrheit dazu gehört ist, dass es vielfach nicht die gut bezahlten, „weltfremden“ Professor:innen sind, sondern die Bachelor- und Master-Studierenden die trotz gutem, abgeschlossenem Studium keine Jobs finden oder sich von einer Mindestlohn-Hilfskraftstelle an der Uni zur nächsten winden. Oder kurz: wir sind auch die Partei des Akademiker:innen-Prekariats, also Leuten, die tendenziell ähnliche Klasseninteressen wie die Zeitarbeiter:in oder die Pflegekraft haben.

Verbindende Klassenpolitik sollte keine leere Phrase bleiben, sondern für unsere Praxis bedeuten: Selbstverständlich treten wir für die Interessen von Studierenden genauso ein wie für die Interessen von Auszubildenden, Angestellten, Arbeitslosen oder Arbeiter:innen. Uns sollte nicht interessieren, ob irgendwer dabei Latte Macchiato trinkt. Ausschauen können wir es uns sowieso nicht und wir laufen dabei Gefahr, engagierte Mitglieder, die die Partei in Zukunft stützen könnten, zu verlieren. Das Einzige, was uns interessieren sollte, sind ihre Interessen und politischen Anliegen, oftmals resultierend aus ihrer ökonomischen Stellung und wie wir gemeinsam mit Ihnen für ihre Interessen kämpfen können. Lasst uns aufhören mit selbstzerstörerischen Milieudebatten und anfangen mit kämpferischer politischer Praxis, die ihren Namen verdient!

Ich bin froh, dass scheinbar auch viele neugewählte Parteivorstandsmitglieder, die auf dem Online-Bundesparteitag gewählt wurden, dies ähnlich sehen wie ich und hoffe ernsthaft, dass sich das langsam durchsetzt und wir als Gesamtpartei aufhören, uns selbst künstlich schwächer zu machen. Nun weiß ich aber natürlich selbst, dass dies auf lokaler Ebene, beispielsweise bei uns in Frankfurt, auch leichter gesagt als getan ist, eine kämpferische Praxis an den Tag zu legen.

DIE LINKE. stärken bleibt am Ball

Während ihrer Beratung am 06. März im Hybridformat wählten die sieben Mitglieder der AG DIE LINKE. stärken Frank Hühner für weitere zwei Jahre zu ihrem Sprecher.

Ziel der AG bleibt weiterhin: Die Entwick-

lung des Kreisverbandes zu einer aktiven, organisierenden und verbindenden Mitgliederpartei voranzubringen. Auch zukünftig wird die AG Diskussions- und Bildungsangebote unterbreiten - ob online, hybrid oder in Präsenz. Mit ihrem Engagement bei der Umsetzung von „DIE

Doch was bedeutet das für mich und wie kommen wir dorthin?

Aus meiner Sicht gibt es schon zaghafte Pflänzchen, die in die richtige Richtung wachsen. Als wir in der AG Medien merkten, dass wir mitten in der zweiten Welle der Pandemie keine wirksamen Präsenz-Aktionen zum anstehenden Arbeitskampf am Klinikum machen konnten, haben wir kurzerhand jene Petition gestartet, welches uns viel Zuspruch, ein breites Medienecho und mehr als 7.600 Unterstützer:innen bescherte. Vor allem aber sind wir mit unserer Botschaft zu Beschäftigten am Klinikum durchgedrungen, die wir mit unserer normalen Medienarbeit nicht so einfach erreichen. Im vergangenen Jahr haben wir mittels Pressemitteilungen, Videos, Interviews, Anfragen und Anträgen eine Debatte um Stadtentwicklung angestoßen, bei der DIE LINKE die einzige Partei war, die wahrnehmbar für günstige und sozialverträglichen Mieten im zukünftigen Frankfurt gekämpft hat.

Neben dem waren wir auch lautstark für Freiräume für LGTBQ*-Personen unterwegs und kämpfen für die Zukunftssicherung der Doppelstadt und damit verbundene Projekte wie die Buslinie 983. In letzter Zeit arbeitet die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung aktiver und wandelt auch mehr Anliegen von Mitgliedern und Bürger:innen in Aktivitäten wie Anfragen um. Joachim Wawrzyniak macht seit Jahren eine Sozialberatung, die in Frankfurt ihresgleichen sucht. Währenddessen findet auch eine Vernetzung und Organisation jüngerer Mitglieder statt, die sich aktuell verstetigt und aus der bereits einige kleine Aktionen entstanden sind.

In Zukunft müssen wir daran arbeiten, diese Themenvielfalt, das lautstarke Auftreten nach außen und eine stärkere

Mitgliederorientierung in unserer politischen Arbeit weiter auszubauen.

Aus meiner Sicht heißt kämpferische Praxis und verbindende Klassenpolitik vor Ort: Genauso für eine sozial-ökologische Verkehrswende, die Zukunft der Doppelstadt und mehr Kultur kämpfen wie für niedrige Mieten, hohe Löhne und Unterstützung von Arbeitslosen. Mit Klimagerechtigkeit lassen sich sowohl Brücken zu neuen Straßenbahnen, besserer Radinfrastruktur schlagen, als auch zu energetischen Sanierungen von Plattenhäusern mit Mietpreisbindung, einem attraktiven Helenesee und einer niedrigen Sulfatbelastung des Trinkwassers. Die großen politischen Themen stecken auch in vielen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen. Wir sollten nur den Mut haben, die Themen zu benennen, zu politisieren und lautstark mit kleineren Kampagnen in der Öffentlichkeit zu kämpfen, statt auf Hinterzimmer-Politik zu setzen.

Mehr denn je muss unsere eigene, aktive Mitgliedschaft das Herzstück der Politik sein, denn sie sind diejenigen, die Flyer verteilen, mit den Nachbar:innen reden, Aktionen organisieren oder Kontakt zum nächsten Verein haben. Dabei muss auch bedacht werden, dass sich die Aktivitäten von jungen Neumitgliedern nicht immer mit den Erwartungen von älteren überschneiden und wir gewiss nicht am Ende eines Weges, sondern eher am Anfang stehen. Parteaufbau ist keine Sache von wenigen Monaten, sondern einigen Jahren.

Ich hoffe, dass Ihr zumindest teilweise ähnlicher Meinung seid und wir gemeinsam einen Weg finden. Mehr von meinen Überlegungen und denen des Wahlkampfteams könnt Ihr bald in einem Entwurf unserer Wahlstrategie zur Bundestagswahl lesen.

Tom Berthold

Tom Berthold, Stellvertretender Kreisvorsitzender, Kreiswahlkampfleiter, Mitglied des Landesvorstandes

LINKE. hilft!“ leistet die AG ihren Beitrag dazu, den Gebrauchswert der Partei auch jenseits von Stadtverordnetenversammlung und Medien unter Beweis zu stellen.

Michael Grobe

DIE LINKE: Bequeme Friedenspartei?

Mitte Januar veröffentlichte der Bundestagsabgeordnete Matthias Höhn das mehrseitige Papier „Linke Sicherheitspolitik - Ein Diskussionsangebot von Matthias Höhn“. Darin legte er seine Sicht auf die bisherige, festgeschriebene Friedenspolitik der Partei dar. Diese sollte, so Höhn, aber dringend diskutiert werden, denn die Welt ändert sich und mit ihr die Bündnisse. Das veröffentlichte Papier sollte einen Beitrag dazu leisten, linke Antworten auf die Fragen der Zeit zu finden. Zum Nachlesen und Diskutieren findet sich das Papier hier: www.kurzelinks.de/Debatte-Hoehn



Eine Debatte stieß das Papier sofort an: Nicht wenige sehen darin mehr als ein Rütteln an den Grundprinzipien, andere Parteimitglieder begrüßen die Diskussion zur Weiterentwicklung der Partei.

Auch unsere Genossin Ella Schleese hat Fragen an Matthias Höhn. Ihren Brief an den Bundestagsabgeordneten, aber auch seine Antwort veröffentlichen wir hier.

Meine Fragen an Matthias Höhn - Wie steht DIE LINKE zur NATO?

Werter Genosse Matthias Höhn,

völlig überrascht, fast fassungslos, musste ich auf der ersten Seite der „Junge Welt“ vom 20. Januar 2021 rechts unten das Signet meiner Partei wahrnehmen. Den Namen jeder anderen Partei hätte ich auf dem Logo der NATO vermutet, meine Partei jedoch nicht. Ist der Kampf um den Frieden in unserer Welt nicht das erste Anliegen der Partei DIE LINKE, der ich seit ihrem Bestehen und der Vorgängerpartei seit 1968 angehöre? 30 Staaten sind Mitglieder der NATO. Sicher brauche ich sie hier nicht aufzuzählen, Sie wissen, wer Mitglied der NATO ist. Können Sie mir

erklären, welcher Staat auf dem ganzen Erdenrund auch nur einen dieser Staaten angegriffen oder einem dieser Staaten mit Aggression gedroht hat? Zu den Mitgliedstaaten der NATO gehören u. a. auch Staaten, die zum ehemaligen Staatenbund Jugoslawien gehörten. Während überall vom Vereinigten Europa gesprochen und argumentiert wurde und wird, wurde das Staatenbündnis Jugoslawien zerschlagen, auch unter Mitwirkung der NATO. Die CSSR musste auch in zwei Staaten zerfallen (hier allerdings ohne NATO-Nachhilfe). Gegen wen ist also das Verteidigungsbündnis der europäischen Staaten, Kanada und den USA von absolu-

ter Notwendigkeit?

Auch wenn Ihr Arbeitspensum immens ist, erwarte ich von Ihnen eine Antwort auf meinen Brief, möglichst mit nachvollziehbaren Gründen, warum Sie die NATO gut finden.

Mit freundlichen Grüßen

Ella Schleese

Matthias Höhn antwortet Ella Schleese

Werte Genossin Ella Schleese,

vielen Dank für Ihren Brief, den ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe.

Ich merke an den vielen Rückmeldungen und Gesprächseinladungen von Basisorganisationen, dass es zu dem Thema linke Sicherheitspolitik großen Gesprächsbedarf gibt. Leider hat die jw in ihrer Berichterstattung den Inhalt meines Papiers stark verzerrt dargestellt. Besonders das Titelblatt entspricht weder meiner Position noch dem Inhalt meines Debattenpapiers.

Wie DIE LINKE bin ich gegen einen schlichten Austritt aus der NATO, sondern für eine Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Das ist auch sinnvoll, denn Sicherheit wächst immer dann, wenn Nationalstaaten in Bündnisstrukturen integriert sind. Das stärkt gegenseitige Kontrolle und Transparenz. DIE LINKE muss meines Erachtens in der Außen- und Sicherheitspolitik konkrete Zielsetzungen und Lösungen definieren, so wie wir das etwa in der Steuer- und Rentenpolitik schaffen.

In meinem Papier schlage ich Schritte vor, wie wir unmittelbar zu mehr Abrüstung und weniger Militär kommen können. Falls Sie meine sicherheitspolitischen Vorschläge noch nicht gelesen haben, können sie diese direkt auf meiner Internetseite www.matthias-hoehn.de abrufen.

Mit freundlichen Grüßen, bleiben Sie gesund

Matthias Höhn

Lesen, Nachdenken, Handeln!

Nach meiner Covid-19-Erkrankung und der Rettung durch Ärzte und das medizinische Personal, (Krankenschwestern, Physiotherapeuten, Versorgungs- und Reinigungskräfte) welche mit hohem persönlichen Einsatz tätig waren, mache ich mir so einige Gedanken.

Welchen Stellenwert haben wir Menschen eigentlich in dem System, in dem wir leben? Welches uns umgibt? Was muss geändert werden?

Covid-19 ist eine schlimme Viruserkrankung, viele Menschen sterben daran. Folgende Fragen stehen im Raum: Wie wird gehandelt? Warum wird gerade so gehandelt? Welche Absichten stecken hinter den Handlungen?

Offensichtlich ist, dass Covid-19 nach dem Ausbruch unterschätzt wurde. Als es sich zur Pandemie entwickelte, war die BRD nicht darauf vorbereitet. Es wurden Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten werden konnten. Masken gab es nicht genügend; und gewinnorientierte Krankenhäuser waren anfangs nicht darauf eingestellt. Die föderal aufgestellte BRD hat in vielen Fällen nicht einheitlich gehandelt und mit dem Hin und Her große Unsicherheit unter den Menschen ausgelöst. Das Gleiche wiederholt sich mit den Impfungen gegen Covid-19 und dem Umgang mit Mutationen.

Große Versprechungen und langsame Veränderungen für die Menschen! Die Medien tun das Ihrige, um die Menschen noch mehr zu verwirren. Unaufschiebbar wären Maßnahmen, die Ruhe verbreiten und für eine sichere Gesundheit Sorge tragen.

Was sich nicht verändert hat, sind die finanziellen Zuwendungen für pharmazeutische Konzerne, für Wirtschaftsriesen, Spekulanten und Finanzkonzerne, die jetzt mit den Impfachargen das große Geld scheffeln! Wo bleiben die systemrelevanten Berufsgruppen? Welche Anerkennungen außer gute Worte erhalten sie?

Was vom Bundestag und der Regierung inzwischen verabschiedet wurde, sind 53,03 Milliarden Euro für „Verteidigungsausgaben“ (3,2 Prozent mehr als 2020). Alles was in Richtung Expansion, Krieg, vor allem aber Profit und Macht zielt, wird gefördert.

Gehen wir zurück zur Pandemie und betrachten das Bildungswesen, von allen im Wort immer wieder als bedeutungsvolles, wichtiges Feld zur Zukunftsgestaltung für die menschliche Gemeinschaft hervorgehoben. Zu anstehenden Wahlen, eine der wenigen Möglichkeiten fürs Volk demokratisch einzuwirken, wird Bildung von allen Parteien als wichtiges Betätigungsfeld/Aufgabengebiet herausgestellt. Was da schon Jahrzehnte alles nicht in Ordnung ist, zeigte sich in der Pandemie sehr deutlich. Veränderungen? Kleine oder keine! Denkt man mal darüber nach, kommt man zum Schluss:

Ein dummes Volk regiert sich besser. Für Rüstung, Waffen und Krieg ist Geld da. Für Bildung immer wieder nur Worte! Es gibt zu wenig Lehrer:innen (Quereinstieg ist nicht die Lösung), die Klassenstärken sind zu hoch, die Schulen sind schlecht auf die Bildungsanforderungen für die Zukunft eingestellt (Technik, Computer, schnelles Internet, Laptops), die bauliche Substanz lässt zu wünschen übrig (Sanitäreinrichtungen, Lüftung).

Resümee: Für Waffen, Kriege, Zerstörung und Fluchtursachen ist immer mehr Geld da – für Bildung, geschweige eine gute, zu wenig! Und dann kommt ein grundsätzliches Problem hinzu, das einer sofortigen Diskussion und Veränderung bedarf! Anstatt sich der Staat für die Daseinsfürsorge, für Investitionen in derselben engagiert und Geld ausgibt, wird immer mehr privatisiert und dafür gesorgt, dass sich auf Kosten der Allgemeinheit immer mehr Einzelne bereichern.

Bildung muss - meiner Meinung - nach aus der Länderhoheit heraus und der sofortigen Hoheit des Bundes zugeordnet werden. Wenn die reiche BRD aus dem Mittelfeld der Bildungsergebnisse heraus will, braucht sie ein einheitliches, bundesweit geltendes Bildungswesen. Das gleiche Prinzip trifft für das Gesundheitswesen zu. Es ist notwendig, von einem privat dominierten Gesundheitswesen, welches der Gewinnerwirtschaftung

verpflichtet ist, zu einem staatlichen, der Gesundheit der Bevölkerung verpflichteten, zu kommen. Bildung und Gesundheit sind systemrelevant, dem Leben und der Entwicklung der Menschen dienend. In diesem Zusammenhang denke ich auch an die Jahrestage der AKW-Katastrophen von Fukushima 11.März vor 10 Jahren und Tschernobyl 26.April vor 35 Jahren, an Kernkraftwerke, Atombomben, Uranmunition und die möglichen Folgen für Natur, Umwelt und die darin eingegliederte Gattung Mensch, an das Leben auf der einzigen Erde, die uns zur Verfügung steht! Viele sehen diesen Zusammenhang leider nicht.

Waffen und Krieg sind auch systemrelevant, dem Profit verpflichtet mit den Folgen Flucht, Sterben und Tod! Gegen das Leben gerichtet! Täglich zu erfahren!

Wir leben aktuell in einer Situation, in der die Fragen so wie aktuell noch nie in den Raum stehen: Will der Mensch weiter auf der Erde existieren? Interessieren die nachfolgenden Generationen, Kinder und Enkelkinder nicht?! Die Corona-Krise und die Verschärfung der geopolitischen Konfrontation mit all ihren Konsequenzen lehren uns in aller Deutlichkeit, dass es nur diese eine Welt gibt und dass diese Welt ihre Probleme nur gemeinsam und friedlich lösen kann. Was wir brauchen, ist die vereinte Kraft aller Friedenskräfte zur Entmilitarisierung des traditionellen Sicherheitsdenkens. Die neuen globalen Herausforderungen für das Leben lassen sich nicht mit Streitkräften lösen.

In diesem Zusammenhang sollte man sich des Ausspruchs von Einstein erinnern: „Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.“ Einstein war sich noch nicht sicher, was den Dritten Weltkrieg angeht. Wir wissen, so wie es gegenwärtig aussieht, dass ein kommender Dritter Weltkrieg mit Atomwaffen geführt werden würde, welcher das menschliche Leben auslöscht!

Stellen wir uns dem entschlossen entgegen! Wir haben die Möglichkeit uns zu positionieren, zum Beispiel zu den Ostermärschen 2021. Wir können zum Ausdruck bringen, was wir für uns und unsere folgenden Generationen wollen und so, wie 2003 erfolgreich gegen die Teilnahme am Irakkrieg, gegen Kriegsvorbereitung,

Waffenlieferungen zu intervenieren und für Frieden auf der Erde einzutreten! Nur gemeinsam sind wir Friedenskräfte stark!

Schließen wir uns zur Einheitsfront gegen Krieg für den Frieden zusammen!

Hagen Weinberg

Sprecher der SODI Gruppen entlang der Oder

Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Reis an. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert planen, so bilde Menschen. Tschuan-Tse, Chinesischer Philosoph (4.Jh. v. Ch.)

Cuba Sí wird 30

Im Juli dieses Jahres wird Cuba Sí, die Kuba-Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE, 30 Jahre alt

Alle Kuba-Freundinnen und -Freunde rufen wir auf, uns ihre Gedanken, Erinnerungen, Begegnungen usw. aufzuschreiben, um recht vielseitig über das sozialistische Land und unsere Solidarität berichten zu können.

Erzählen Sie über Abenteuer in Kuba, über Freundschaften mit Landsleuten, Kontakte mit damals in der DDR Lebenden und Lernenden. Durch Ihre Beiträge möchten wir ein lebendiges Bild der Freundschaft

und Solidarität mit diesem Land widerspiegeln. - Auch wenn es garantiert sehr schwer fällt: Um möglichst vielen Stimmen Raum geben zu können, bitte keinesfalls mehr als 10 bis 15 Zeilen schreiben! - Und bitte legen Sie Ihr schönstes Erinnerungsfoto dazu!

Wir freuen uns über jede Zuschrift bitte mit dem Kennwort „CubaSí-30“, die bis spätestens zum 10. Juni 2021 an folgende Adressen geschickt werden können:

Wolfgang Frotscher, Karl-Sobkowski-Str. 31, 15230 Frankfurt (Oder) oder

per E-Mail an: info@cubasi-ffo.de

Wir sagen jetzt schon ein ganz herzliches Dankeschön und wenn es die Gesamtsituation zulässt, werden wir selbstverständlich mit einem Info-Stand im Stadtzentrum nicht zu übersehen sein!



In „Der Rote Hahn“ Nr. 10.2020 konnten wir berichten, dass die von unserer Regionalgruppe übergebenen Spenden am 21. November nach Kuba auf die Reise gingen.

Zwei Monate später – am 29. Januar 2021 – wurde der Container vom kubanischen Gesundheitsministerium (Minsap) und vom Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in Havanna in Empfang genommen. Anwesend war der Präsident des ICAP, Fernando González Llort (4.v.l.), einer der Cuban 5 und Held Kubas.

Der Container war vor allem gefüllt mit Krankenhausbetten, Verbrauchsmaterial für chirurgische Eingriffe, Spritzen, Kanülen, Dialysebedarf, u.a.m. Für das medizinische Personal ist Berufsbekleidung wie Kittel, Hosen und Kasacks bestimmt.

Unblock Cuba!

Jedes Jahr wird anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York über eine Resolution abgestimmt, welche die Aufhebung der von den USA seit fast 60 Jahren gegen die Insel verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fordert. Seit Jahren wird sie von der überwiegenden Mehrheit angenommen, bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. Am deutlichsten 2016 mit 191:0, als sich selbst die Obama-Administration nicht gegen die Resolution aussprach. Seit Trumps Präsidentschaft hat sich die Situation auch in der UNO verschlechtert. In der letzten Abstimmung von 2019 brachten die USA neben Israel auch Brasilien zu einem Nein sowie Kolumbien und die Ukraine zur Stimmenthaltung, bei einer noch immer überdeutlichen Annahme der Resolution von 187:3.

Wir rufen deshalb im Vorfeld der nächsten UN-Abstimmung, die auf Mai (inzwischen auf Juni – RH) 2021

verschoben wurde, zu einer großen Solidaritätsaktion für Kuba und gegen die Blockade auf! Gemeinsam wollen wir – Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus der BRD, Österreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Tschechien, Slowenien und weiteren europäischen Ländern – die Aufmerksamkeit auf die von Washington betriebene Eskalation lenken, um die US-Administration und deren europäische Zuhörer unter Druck zu setzen. Mit Großplakaten, Radiospots, Werbung in Zeitungen und Social Media-Kanälen, Veranstaltungen und Kundgebungen konzentriert in den Hauptstädten unserer Länder wollen wir das Totschweigen der Blockade seitens der dominierenden Medien durchbrechen und unübersehbar auf die Folgen solch verbrecherischer Politik aufmerksam machen.

Auszug aus dem Aufruf zur Solidarität gegen die mörderische Blockadepolitik der USA; Vollständig im Internet unter: <https://www.unblock-cuba.org/aufruf-zur-solidaritaetsaktion-2020/>